

Ludger Fischer

## **WE ARE ANDERS**

### **Nachtrag zur nicht erschienenen DRITTEN Auflage**

Bücher können nicht aktuell sein. Nicht einmal Zeitungen können das. Mit der folgenden, (noch) nicht im Druck erschienenen Passage komme ich deshalb meiner Chronistenpflicht nach. Nicht, dass nachher jemand sagt, was da passiert ist, weiß kein Mensch mehr so genau. Ich weiß es. Was nach dem Brexit-Votum keiner mehr erwartet hatte: Das Vereinigte Königreich nahm doch noch an den Europawahlen im Mai 2019 teil. Die bis dahin regierende konservative Partei von Theresa May wurde dabei heftig abgestraft. Theresa May gab schon vor Veröffentlichung des Wahlergebnisses ihren Rücktritt als Partei- und Regierungschefin für den 7. Juni bekannt. Unter Tränen. Sie wurde von niemandem geliebt, von den Brexit-Hardlinern nicht und von den EU-Freunden nicht. Drei Jahre hatte sie Zeit, ihre Landsleute von ihrem Brexit-Deal zu überzeugen. Erst im letzten Jahr fing sie damit an, ließ dreimal darüber abstimmen, kassierte dreimal eine schallende Ohrfeige. Theresa May zeigte enorme Nehmerqualitäten. Das mit den Ohrfeigen ging mit der Europawahl weiter. Mays konservative Regierungspartei erhielt nur 9 Prozent der Stimmen. Die Brexit-Partei von Nigel Farage bekam mit 31,6 Prozent die allermeisten Stimmen. Das zweitstärkste Ergebnis mit 20,3 Prozent hatten die pro-europäischen Liberaldemokraten. Die Spaltung des Landes setzte sich fort. Schottlands Regierungschefin Nicola Sturgeon witterte Morgenluft. Sie kündigte ein neues Unabhängigkeits-Referendum für 2021 an. Sollten Engländer und Waliser und Nordiren doch ihr Süppchen kochen. Schottland sollte weiter Mitglied der EU bleiben.

Und der Ex-Brexitminister Dominic Raab, einer der elf Bewerber um die Nachfolge Theresa Mays, drohte, wenn das nicht bald was werde mit dem Brexit, solle man das gesamte Parlament beurlauben, damit es einen No-Deal-Brexit nicht blockieren könne. Er schlug seiner Regierung, der er schon längst nicht mehr angehörte, vor, die bei einem geregelten Austritt noch anfallenden 44 Milliarden Euro mit einem schlichten „Nö“ zu beantworten und zu gehen. Der kühne Vorschlag wurde von den Dieben und Räubern im Oberhaus unterstützt. Auch der Lügner Boris Johnson versuchte, sich bei seinen Landsleuten beliebt zu machen, indem er vorschlug, die Austrittsrechnung nicht zu begleichen. Er folgte damit einer Empfehlung, die der Präsident der USA bei einem Staatsbesuch Großbritanniens im Juni 2019 dazu aussprach: „I wouldn't pay“. Bei seinen Steuerschulden, sagte Trump, habe er gute Erfahrungen damit gemacht. Und mit Betrug, das wusste Trump auch, kommt man meistens ungeschoren davon. Bei den britischen Wählern kam die angekündigte Zechprellerei aber nicht gut an. 83 Prozent aller Briten waren im Sommer

2019 der Meinung, sie würden vom politischen System verschaukelt und 75 Prozent glaubten, das würde auch so weiter gehen. Die Zahlen erklären sich, obwohl alle Wähler genau dieses System gewählt hatten, leicht: Den einen ging es schlecht, den anderen noch nicht schlecht genug. Eine glänzende Zukunft sahen bloß die über Fünfundsechzigjährigen vor sich. Eigentlich ja weniger vor sich, als vor ihren Kindern und Enkeln.

Donald Tusk, scheidender EU-Ratspräsident, erklärte am 20. Juni 2019 bei einem Gipfeltreffen, er freue sich auf den neuen britischen Regierungschef, wer immer das werde. Und um das noch einmal ganz klar zu machen: es werde keine Nachverhandlungen zum Ausstiegsabkommen geben. Das weiß ich vom meinem Gewährsmann im Rat, der mich immer zum Stillschweigen verpflichtet. Also bitte nicht weitersagen.

Mitte Juli 2019 versuchte dann Oppositionsführer Jeremy Corbyn, sich interessant zu machen. Er forderte ein neues Referendum über Gedeih und Verderb, Bleiben oder Verlassen. Fordern konnte er viel, interessant fand das und ihn deswegen aber niemand. Seine Strategie: Wir fordern das Volk erneut zu einer Entscheidung auf. Entscheidet es sich für einen Brexit, ziehen wir den durch, entscheidet es sich dagegen, dann auch. Wahrscheinlich. Dann nämlich *könnte* sich seine tief gesplante Partei *vielleicht* für einen Verbleib seines Landes in der EU einsetzen. Wirtschaft und Jobs sollten auf jeden Fall geschützt werden. Beide sah er bei einem Brexit plötzlich in Gefahr. Als klare Anti-Brexit-Bewegung wollte er seine Labour-Partei allerdings nicht positionieren. Und mit einem Volksentscheid hatte schon der unverantwortliche Premierminister Cameron die Verantwortung an ein Volk übergeben, das über die ihm gestellte Frage gar nicht verantwortlich entscheiden konnte. Der Idee des erneuten Volksentscheids versuchte Corbyn dann im August 2019 nochmals mit einem Misstrauensvotum gegen den nachgerückten Boris Johnson Nachdruck zu verleihen. Er stellte sich das so vor: Erst gibt es ein Misstrauensvotum, dabei wird Johnson aus dem Amt gekickt. Dann findet das gesamte Volk plötzlich *ihn* toll und wählt ihn zum Premierminister. Dann stellt er dem Volk erneut die Frage nach dem Brexit, weil er die ja selbst nicht beantworten kann oder will. Dann macht er das, was das Volk entschieden hat.

Mit dieser Strategie waren zwar schon Cameron und May und auch er selbst bereits gescheitert, aber warum nicht nochmals das Unmögliche wagen? Die Liberaldemokraten fanden, das sei Unsinn, die Grünen hätten lieber eine Volksbefragung vor Neuwahlen gehabt. Und Boris Johnson verfolgte eine äußerst kühne Strategie: Wissend, dass sein Land bei einem Brexit ohne Vertrag großen Schaden nehmen würde, empfahl er, bis zur letzten Sekunde einen Brexit ohne Vertrag anzustreben. Erst dann würden „sie“, die Kontinentaleuropäer, genau dem Deal zustimmen, den er für sein Land brauche. Den Quatsch erzählte er mit noch mehr Vehemenz

nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden und damit zum Premierminister Ende Juli 2019. Er übernahm das Amt der glücklosen Theresa May und er übernahm ihre Glücklosigkeit. Auf allen Ebenen, von allen Verhandlungspartnern auf EU-Seite, bei jedem Gespräch zum Aushandeln besserer Bedingungen für sein Land erhielt er ein gelangweiltes „Nö“. Er telefonierte sich durch Europa, rief in Irland, Finnland, Deutschland, Frankreich an, überall dasselbe Spiel: Keine Nach- oder Neuverhandlung des von Theresa May ausgehandelten Vertrags.

Ende August 2019 kungelte Johnson mit der Königin aus, dass er das Parlament eigentlich gar nicht brauche und ließ es von der Monarchin bis zum 14. Oktober beurlauben. Danach, sagte er, sei ja immer noch Zeit, sich bis zum 31. Oktober über die Form des Brexits zu unterhalten. Das Parlament tobte, der Vorsitzende Bercow grölte sich mit seinem „Ordeeer!“ heiser und kündigte seinen Rücktritt an, es gab Überläufer, Proteste und Parteiausschlüsse an der Zahl, vorläufig 21. Stichworte: Zwickmühle, Drama, Scherbenhaufen, Chaos, Morast, Farce, Grotteske. Mehrere britische Gerichte befassten sich mit der Frage, ob denn der Premierminister das einfach so könne mit der Beurlaubung des Parlaments. Sie befanden unterschiedlich. In England und Wales wurde die Klage abgewiesen. Begründung: Das sei eine politische, keine juristische Frage.

Nordirische Richter tricksten sich aus der Affäre, indem sie argumentierten, andere Gerichte beschäftigten sich schon mit der Frage, da wollten sie sich nicht auch noch einmischen.

Schottlands höchstes Zivilgericht dagegen befand, die Zwangsbeurlaubung sei null und nichtig.

Kurz vor ihrem Zwangsurlaub verlangten die Parlamentarier dann noch, der Premierminister solle in Brüssel eine weitere Verschiebung des Brexit-Termins beantragen. Johnsons Reaktion, bockig wie immer: „Mach ich nicht.“ Wörtlich: „Ich will, dass jeder weiß, dass ich Brüssel nicht um eine Verschiebung bitten werde. Wir verlassen die EU am 31. Oktober – ohne Wenn und Aber.“ Deshalb wollte er auch ein Gesetz verhindern, das einen No-Deal-Brexit ausschloss. Mit seiner rasant schwindenden Macht konnte er das nicht erreichen und das Parlament beschloss in einer Nachtsitzung Anfang September – jetzt gut aufpassen! – Folgendes:

- a) Ein Ausscheiden aus der EU darf auf keinen Fall ohne Vertrag über die Bühne gehen.
- b) Der ausgehandelte Vertrag ist von britischer Seite aus nicht akzeptabel.
- c) Es ist unmöglich, einen neuen Vertrag auszuhandeln.
- d) Deshalb tritt automatisch Forderung a) in Kraft.
- e) Sagen Sie das denen in Brüssel. Ach, und sagen Sie denen noch, dass wir den Brexit gerne auf den 31. Januar 2020 verschieben möchten.

Dazu Johnson: „Mach ich nicht.“

Man kann den Schauspieler und charming boy Hugh Grant verstehen, dass er aus seiner Rolle fiel und von Johnson und seiner „kleinen Gang masturbierender Oberschüler“ angewidert war.

Als Druckmittel überlegte Premierminister Johnson laut, werde die Personenfreizügigkeit für EU-

Bürger am 31. Oktober 2019 enden. Alle raus hier! Aber zack zack! Dass das weniger die EU-Bürger in Großbritannien, als die britischen in der EU treffen würde, wusste er zwar, er sagte es aber nicht. Anders als die destruktiven UKIP-Abgeordneten, die ihr Zerstörungswerk auch im neuen EU-Parlament fortsetzten, entsandte Johnson keinen Kommissar in die neue EU-Kommission.

Das EU-Parlament beschloss, um den Schwarzen Peter nicht zugeschoben zu bekommen, dass es einem Antrag auf erneuten Aufschub des Brexits stattgeben können würde, wenn von London aus eine Bitte darum erfolgen täte. Die Bitte blieb aus (siehe oben).

Dann noch ein Paukenschlag: Das höchste nationale Gericht, der Oberste Gerichtshof in London, befand während des parlamentarischen Zwangsurlaubs: Das durfte der Premierminister gar nicht. Kommando zurück! Ab morgen alle wieder antreten zum fröhlichen Debattieren. Dass dabei nicht so ein Blödsinn besprochen werden dürfe, wie in den drei Jahren zuvor, konnten die Richter leider nicht anordnen. Kaum eine Woche wieder am Debattieren dran, schickte Johnson das Parlament wieder in eine Zwangspause, diesmal allerdings bloß für eine Woche. Eine Woche Ruhe, dachte er sich, ist besser, als keine Woche Ruhe. Und gegen dieses eine Wöchelchen werde wohl kaum jemand juristische Schritte ergreifen. Er behielt recht.

Zuvor hatte er noch seinen Super-Plan zu einer offenen irischen Grenze vorgestellt, die der EU so sehr am Herzen lag. An der Grenze solle *nicht* kontrolliert werden *und* es sollten Grenzkontrollen durchgeführt werden. Beides. Falls die EU darauf nicht eingehe, gebe es eben den harten No-Deal-Brexit. Er jedenfalls fürchte sich davor nicht.

Boris Johnson schickte zwei klare Botschaften nach Brüssel: a) Das Vereinigte Königreich wird die EU am 31. Oktober 2019 verlassen, b) Das Vereinigte Königreich wird die EU am 31. Oktober 2019 *nicht* verlassen, sondern vielleicht irgendwann. Oder auch nicht.

Johnson erklärte, er wolle lieber tot im Graben liegen als den Austrittstermin Ende Oktober nochmals zu verschieben. Und weil er unentwegt versprach, Großbritannien am 31. Oktober 2019 aus der EU zu führen, führte er sein Land am letzten Tag des Oktobers *nicht* aus der EU. Ende Oktober gewährte das Europäische Parlament einen erneuten Aufschub des Brexits bis Ende Januar 2020. Bis dahin, versprach Boris Johnson seinen Landsleuten, gebe es einen „garantiert fertigen Deal“. Zuvor aber schon, am 12. Dezember 2019, sollte es zu Neuwahlen in Großbritannien kommen. Dazu wurde erst einmal – fünf Wochen davor – das Parlament aufgelöst und der langjährige Parlamentssprecher Bercow ging in den Ruhestand. Dankeschön, auf Wiedersehen! Darauf wurde Lindsay Hoyle auf den Sitz des Parlamentssprechers gezerrt – das ist dort so üblich und soll witzig wirken – und muss seitdem den undankbaren Job erledigen.

Dann die Überraschung bei den Wahlen am 12. Dezember 2019: Die geringsten Wettquoten,

gerade einmal 2,25, gab es für die Tories bei 35-40 Prozent. Die höchsten Quoten, und darauf hätte ich gewettet, bei weniger als 15 Prozent, nämlich als Quote 51 Prozent. Ich hätte übel verloren. Tatsächlich bekamen die Tories nämlich 361 von 650 Sitzen im Unterhaus. Eine absolute Mehrheit. Unter Boris Johnson verließ das Vereinigte Königreich die EU mit wehenden Fahnen. Eine überwältigende Mehrheit im Europaparlament sang zum Abschied das schottische Liedchen „Auld Lang Syne“, zu Deutsch „Nehmt Abschied, Brüder.“ Schluchzen, Tränen, abgebrochene Reden, vor allem die von Brexit-Betreiber Farage. „Wir lieben Europa, aber wir hassen die EU“ konnte er gerade noch sagen, bevor man ihm das Mikrophon abdrehte. Er hatte nämlich ein Union Jack-Fähnchen geschwungen und das hatte ihm die gehasste EU nicht durchgehen lassen.

Der angebliche Brexit-Termin war natürlich gar keiner. Es war bloß der Termin, zu dem die britische Politik sich nicht mehr in die europäische einmischen durfte. Zahlen musste das Vereinigte Königreich weiterhin. Und sich an alle EU-Regeln halten auch. Und bis zum 31. Dezember 2020 galten auch weiterhin die Regeln des EU-Binnenmarkts und der Zollunion. Das fanden viele Briten einen Grund zum Feiern. Erst Ende Februar 2020, da hatten sie sich vom Feiern etwas erholt, gingen dann die Verhandlungen darüber los, wie das Verhältnis EU-VK nach Ablauf des Jahres aussehen solle. Ein Handelsabkommen musste her. Es begann der „Hardtalk mit Boris Johnson“. Die Schlagzeilen verhießen ruppige Gespräche: „Hauen und Stechen“, „London auf Kollisionskurs mit Brüssel“, „Johnson droht der EU mit schnellem Verhandlungsstopp“, „London droht EU schon mit Abbruch“, „London hat EU vor den Kopf gestoßen“. Das Rosinenpicken ging weiter.

Juni 2020: Die britische Regierung kündigte an, einen Keil zwischen die EU-Mitglieder treiben zu wollen. Dazu wollte sie die Verhandlungstexte mit der EU-Kommission veröffentlichen. Die EU-Staaten sollten dann jeweils entscheiden, welches Verhandlungsergebnis für sie – und nur für sie – am besten wäre. Mitte Oktober 2020: Weil im Hinblick auf Fischereirechte, Staatsbeihilfen und Irlandgrenze keine Einigung erzielt werden konnte, drohte London, die Verhandlungen ergebnislos zu beenden. Die EU leitete ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Ein Handelsabkommen nach Kanadischem Vorbild werde es mit dem Vereinigten Königreich nicht geben. Dazu Johnson: „Kommt hierher, kommt zu uns - wenn es fundamentale Änderungen an eurer Position gibt.“ Die EU-Verhandler wurden aber gleichzeitig wieder eingeladen: EU-Chefunterhändler Michel Barnier solle nur dann nach London kommen, wenn die EU bereit sei, intensiv über den Rechtstext zu sprechen und nicht nur über Zugeständnisse von Seiten Großbritanniens.

Nach ausreichendem Gehampel über einen windelweichen Handelsvertrag schied das Vereinigte Königreich mit Ablauf des Jahres 2020 endgültig aus der EU aus. Besonders die britischen Fischer jubelten. Sie wollten jetzt fischen, was zu fischen war, auch wenn sie die gefischten Fische gar nicht oder nicht so einfach in die EU verkaufen können würden. Dann merkten sie aber: „Wir können jetzt ja nicht mehr in der Barentssee fischen!“ Das lag daran, dass die fischreiche Barentssee norwegisches Hoheitsgebiet ist, über das mit der EU ein Abkommen über Fischereiquoten bestand. Mit der EU! Die britischen Fischer dachten, das würde für sie dann einfach auch gelten. Tat es aber nicht, und so wurden britische Schiffe von Norwegen erst einmal nicht rein gelassen. Und Spanier wollten den Briten keine Fische und Krustentiere mehr abkaufen, nicht einmal, als sie den Megrin Fish (Flügelbutt) in Cornish Dole (Cornwall-Seezunge) umbenannten und die Spider Crab (Spinnenkrabbe) in Cornish King Crab (Cornwall-Riesenkrabbe). Zu schweigen von den erhöhten Versicherungsprämien und den Zoll- und Veterinärgebühren, die Verzögerungen an der Grenze von dreißig Stunden verursachten.

Das wichtigste Ereignis fand aber schon Mitte Oktober 2019, zwei Wochen vor dem verschoben und dreieinhalb Monate vor dem verschoben-verschobenen und vierzehneinhalb Monate vor dem tatsächlichen Brexit-Termin statt: König Boris verlas die Thronrede, die ihm Premierministerin Elisabeth geschrieben hatte. Währenddessen feixte Elisabeth ständig und haute dem Abgeordneten vor ihr eine Papierpritsche auf den Kopf. Der Parlamentspräsident hatte sich seine Krawatte um die Stirn gebunden und grölte „rule Britannia“, wobei er ständig seinen Sitznachbarn fragte „what does it mean, what does it mean?“ Oppositionsführer Corbyn bot König Boris an, die Regierung zu übernehmen, man müsse ihm bloß sagen, wofür und wogegen er sein solle.

Oder habe ich da etwas durcheinander gebracht?

Stand: April 2021

The End?